

# Eine andere Linke für ein anderes Europa

Anfang 2000 ist ein Netzwerk entstanden, das sich Europäische Antikapitalistische Linke nennt und bislang vier Konferenzen in Lissabon, Paris, Brüssel und Madrid organisiert hat. Daran sind unter anderem beteiligt: *Socialist Alliance* aus England und Wales, *Scottish Socialist Party*, *Partito della Rifondazione Comunista* (PRC) aus Italien, *Ligue Communiste Révolutionnaire* aus Frankreich, *Bloco de Esquerda* aus Portugal, *Espacio Alternativo* aus dem Spanischen Staat, *Socialistische Partij* aus den Niederlanden, die Rot-Grüne Allianz *Enhedslisten* aus Dänemark, *Özgürlük ve Dayanisma Partisi* (ÖDP – Partei der Solidarität und der Revolution) aus der Türkei. Mit anderen Worten: Gruppierungen, die aus den traditionellen kommunistischen Parteien hervorgegangen sind, verschiedene Gruppierungen aus dem »trotzkistischen« Spektrum, ehemals maoistische Gruppierungen.

Deutschland ist bislang auf den Konferenzen der Europäischen Antikapitalistischen Linken nicht vertreten – bei uns gibt es keine politische Kraft, die ausreichend repräsentativ wäre, die zugleich einem Mitregieren unter dem Vorzeichen »linke Mitte« eine eindeutige Absage erteilt und um die Einheit der alternativen, kritischen, radikalen, auf die Arbeiterklasse und die sozialen Bewegungen orientierten Linkskräfte bemüht wäre.

Die *isl* unterstützt das Projekt der Europäischen Antikapitalistischen Linken. Wir treten für die Einheit der sozialistischen Linken in der BRD und für einen Prozess ein, der zu einem pluralistischen sozialistischen Projekt führt; wir bemühen uns, mit unseren Kräften zu Debatten, Bündnissen und gemeinsamen Initiativen in der Perspektive der Bildung eines organisierten Pols beizutragen.

Wir veröffentlichen Auszüge aus der umfangreichen politischen Grundsatzerklärung der Europäischen Antikapitalistischen Linken, die auf ihrer letzten Konferenz am 18./19. Juni 2002 in Madrid verabschiedet worden ist. Der vollständige Text der Erklärung und die Pressemitteilung, die eine vollständige Liste der beteiligten Parteien und Organisationen enthält, ist auf deutsch auf folgenden Websites zu finden: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl> oder [www.inprekorr.de](http://www.inprekorr.de).

## Erklärung der Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken in Madrid

Die politische Lage in der EU steht vor einem Wendepunkt. Wenn die deutsche »rot-grüne« Regierung die Wahlen im September 2002 verliert, wird die EU (mit Ausnahme von Schweden, Griechenland und Finnland) von einer aggressiven und reaktionären Rechten vollständig dominiert werden. [...]

Seit 1998/99 hatte die Sozialdemokratie in 12 der 15 Mitgliedsländer und in den wichtigsten Institutionen der EU (Ministerrat, der Europäischen Zentralbank, auf den zweimal im Jahr stattfindenden Gipfeln, der Regierungskonferenz) das Sagen. Sie hat diese außerordentliche Machtposition in Europa, vor allem die drei »rein linken« Regierungen in den drei zentralen Ländern (Großbritannien, Frankreich, Deutschland) nicht genutzt, um mit der neoliberalen Politik zu brechen. Sie hat sie im Gegensatz noch verschärft. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und die großen Gewerkschaftsverbände üben sich weiter in Treue zur EU und haben keinen ernsthaften Versuch unternommen, um die Unternehmeroffensive zu stoppen. Die Sozialdemokratie trägt die Verantwortung für diese synchronisierte Rückkehr der Rechten an die Regierung in fast allen Ländern und an die Spitze der EU-Institutionen.

Diese Episode ist die Krönung eines zwanzigjährigen Zyklus, in dem die Sozialdemokratie systematisch darum gekämpft hat, um der Lohnarbeiterklasse die neoliberale Politik aufzudrücken. Dieser soziale Rückschritt, für den es im letzten halben Jahrhundert kein Beispiel gibt, hat die Welt der Arbeit mit voller Wucht getroffen und Millionen von Lohnabhängigen und Jugendlichen in Prekarität, Elend und Hoffnungslosigkeit gestürzt. Daher konnten Fremdenfeindlichkeit und Rassismus außer bei kleinbürgerlichen Schichten auch bei Teilen der Arbeiterklasse und der Jugend Boden gewinnen.

Faschistische und rechtsextreme Demagogen nutzen dieses reaktionäre Terrain aus. Die traditionellen Parteien der Bourgeoisie machen es sich ebenfalls zunutze. Zurzeit steht ein Machtantritt des Faschismus nicht auf der Tagesordnung, sondern von »klassenkämpferischen« bürgerlichen Regierungen; ihr Hauptunterschied zu den »Linksregierungen« besteht darin, dass sie die Hände freier haben werden, um auf der »europäisch-neoliberalen« Welle zu

reiten: nicht nachlassende Privatisierungen und Sozialabbau, Engagement der EU auf der internationalen Bühne (Krieg gegen den Terrorismus, Osterweiterung), und Installation einer durchgängigen und leistungsfähigen Zentralstelle des europäischen Protostaats).

Aber zum ersten Mal prallt die politische Offensive der herrschenden Klassen mit einer bedeutenden sozialen Bewegung zusammen, die von Anfang an weltweit, offensiv, internationalistisch und antisystemisch ist und von einer neuen Generation getragen wird. Die defensiven Kämpfe, die nie aufgehört hatten, verlieren ihren »Nachhut«-Charakter. Denn die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat ihnen einen neuen Rahmen, eine offensive Einstellung, eine Perspektive und eine Alternative gegeben. Der Schwerpunkt in Bezug auf politische Initiative und Mobilisierung liegt derzeit außerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung. Die europäische Gewerkschaftsbewegung ist zwar geschwächt, ihr gehören aber nach wie vor Millionen von Lohnarbeiterinnen und -arbeitern und Tausende von Aktiven an. Ohne dass diese soziale Kraft, die Klasse der Lohnabhängigen, in Aktion tritt, ohne ihre Massenkämpfe für ihre eigenen Forderungen und Bestrebungen, ohne ihre zunehmende Selbstorganisation, wird weder die marktförmige Globalisierung noch die neoliberale Politik noch die Kriegspolitik aufzuhalten sein. Der Generalstreik und die gigantischen Bürgermobilisierungen in Italien, die wiederholten Mobilisierungen in Griechenland, die erneuten Streiks in Deutschland (in der Metallindustrie, der Baubranche usw.) sind der Auftakt zu einer stärkeren Abwehr gegen die anhaltende Offensive der Unternehmer und der Regierungen.

Vor diesem Hintergrund macht eine »neue« antikapitalistische und alternative Linke sichtbare Fortschritte, in mehreren Ländern und – sei es auch noch in bescheidenem Ausmaß – auch auf Wahlebene. Somit erschöpft sich die politische Lage nicht darin, die neue rechte Offensive festzustellen. Neu ist, dass zu ihr auch eine politische Polarisierung nach links in der Gesellschaft wie in der Arbeiterbewegung und den sozialen Bewegungen gehört.

Gegenüber der EU-Politik bezieht die Konferenz Stellung:

1. Gegen den US-Krieg und die Komplizenschaft der EU, gegen die Großmacht Europa – ein anderes Europa ist möglich, ein solidarisches und friedliches Europa! [...]
2. Gegen die Festung Europa – für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle! Für Solidarität und Einheit der Welt der Arbeit auf kontinentaler Ebene! [...]
3. Gegen die despotische Konvention – die Entscheidungen müssen von den Völkern getroffen werden! [...]
4. Das neoliberale Korsett sprengen – Menschen vor Profite! [...]

Unser Alternativprogramm ist ebenso einfach, leicht zu machen und klar zu bestimmen wie das neoliberale Programm der Unternehmerklasse: volle und stabile Beschäftigung, anständiger Lohn, tragbarer Lohnersatzbezug (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Rentenalter) für alle Männer und Frauen; radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Lohn einbuße mit Neueinstellungen; Recht auf Wohnung, Bildung und Ausbildung, Gesundheitsversorgung (all dies auf einem qualitativen Niveau) sowie Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln.

Diese politischen und sozialen Rechte gelten für alle einheimischen und eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter gleich. Ihre Umsetzung erfordert eine radikale Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen, eine Umschichtung des Staatshaushalts (auch der Steuern) mit einer drastischen Erhöhung der Sozialausgaben, eine radikale Umverteilung der Einkommen vom Kapital zur Arbeit. Zu diesem Zweck müssen antikapitalistische Maßnahmen ergriffen werden, um das Privateigentum zu kontrollieren und, wenn nötig, zu enteignen, um es durch öffentliches und gesellschaftliches Eigentum zu ersetzen.

Wir wollen diese ökonomischen, ökologischen, sozialen, politischen und kulturellen Alternativen mit der gesamten Menschheit teilen.

5. Eine andere Linke ist notwendig – eine europäische antikapitalistische Linke!

Wir, antikapitalistische Parteien und Bewegungen aus Europa, sprechen uns gegen die EU, ihre Institutionen und ihre Politik aus, nicht im Namen der Verteidigung unseres kapitalistischen Nationalstaats, sondern im Namen eines anderen Europas – eines sozialen, demokratischen, friedlichen und solidarischen Europas. Wir kämpfen für eine radikale politische Umkehr mit der Perspektive einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaft, ohne Ausbeutung der Arbeit und ohne Unterdrückung der Frauen, auf der Basis nachhaltiger Entwicklung – für einen Sozialismus von unten, einen Selbstverwaltungsozialismus.

Das ist ein schwieriger Weg, und er wird Zeit erfordern.

Die traditionelle Arbeiterbewegung und ihre dominierenden Strömungen befinden sich in einer historischen Krise. Diese trifft vor allem die Sozialdemokratie. Nachdem sie ihr traditionelles keynesianisches Programm aufgegeben hatten, haben die sozialdemokratischen Parteien in der Regierungsverantwortung das neoliberale Programm systematisch angewendet und sich dadurch tief diskreditiert. Dies gilt auch für andere hieran beteiligte Linksparteien (vor allem in Frankreich und in Deutschland). Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Sozialdemokratie zu ihren klassischen reformistischen Wurzeln

zurückkehren kann. Auch jetzt in der Opposition bricht sie nicht mit dem sozialliberalen Rahmen.

Dadurch ist ein Raum links von der sozialliberalen »Linken« entstanden.

Seit langer Zeit tritt in Europa zum ersten Mal eine politische Polarisierung in den Kämpfen, in den verschiedenen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften und bei den Wahlen deutlich und sichtbar in Erscheinung. Diese Polarisierung kommt nicht über abstrakte ideologische Debatten, sondern ausgehend von den großen Ereignissen, die die Welt erschüttern, und den praktischen Erfahrungen der Masse der Bevölkerung voran.

Der Kampf gegen den Krieg (zur »Terrorismusbekämpfung«) und gegen die mit der kapitalistischen Globalisierung verbundene neoliberale Politik, bei der die EU ein wesentlicher Bestandteil ist, die zentrale Stellung der »Bewegung der Bewegungen« und deren notwendige Verbindung zur Gewerkschaftsbewegung, die Suche nach radikalen Antworten und einer antikapitalistischen und antipatriarchalischen, ökologischen und internationalistischen Alternative – all dies drängt zu politischer Klärung und zur Konvergenz der Organisationen dieser »neuen«, im Entstehen begriffenen antikapitalistischen Strömung.

Gegenüber der EU, ihren Strukturen und ihrer Politik, in Anbetracht der fortgeschrittenen Europäisierung der Instrumente in den Händen der herrschenden Klassen und der bedauernswerten Unfähigkeit der sozialliberalen Führungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muss sich diese antikapitalistische Linke dringend eine europäische Perspektive geben. Denn mehr und mehr stellen sich die Kämpfe, die Forderungen, die Perspektiven und die antikapitalistischen Lösungen auf dieser Ebene.

Die Konferenz betrachtet das Europäische Sozialforum (ESF), das im November 2002 in Florenz stattfinden wird, als ein großes Ereignis für das Wiederentstehen einer kämpferischen sozialen und Arbeiterbewegung. Wir werden uns maximal dafür einsetzen, dass das ESF zu einem Anziehungspunkt für alle lebendigen Kräfte in Europa und zu einem Sprungbrett werden wird, damit das ESF in jedem einzelnen Land Wurzeln schlägt. [...]

Eine der großen Schwierigkeiten besteht im gegenwärtigen Stadium darin, die sozialen Forderungen und das Kräfteverhältnis auf politischer Ebene widerzuspiegeln, um der neoliberalen Politik eine Niederlage zu bereiten. Die Schlussfolgerung, die wir hieraus ziehen, heißt: Es ist dringend notwendig, die Perspektive der Bildung einer europäischen politischen Formation zu entwickeln – als Raum und Prozess, in dem die sozialen und politischen, antikapitalistischen und alternativen Linken Diskussionen führen, um voranzukommen.

In diesem Sinne unterstützen wir den Aufruf der PRC [...] für ein »Alternatives Linkes Forum«, das Ende Oktober 2002 in Italien stattfinden wird. Auf Vorschlag der dänischen Rot-Grünen Allianz [...] werden wir uns an den vielfachen Aktivitäten des Gegengipfels beteiligen, die sich während des dänischen EU-Vorsitzes von September bis Dezember 2002 erstrecken werden. [...]

**isl**  
internationale sozialistische linke

**SoZ Sozialistische Zeitung**

Die SoZ bringt jeden Monat Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn und steht für eine demokratische sozialistische Alternative

Kostenlose Probeausgaben bestellen!

Bestellung an: SoZ-Verlag, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · <redaktion@soz-plus.de> · <www.soz-plus.de>

Kontakt: *internationale sozialistische linke (isl)* c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln  
<isl@die-welt-ist-keine-ware.de> · <www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl> · V.i.S.d.P.: Angela Klein, c/o SoZ-Verlag